

**31.10.2013**

**Niederschrift**

**Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie**

am 23.09.2013 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal II/III | Friedrich-Ebert-Straße  
17 | 59425 Unna

**Beginn** 16:00 Uhr

**Ende** 18:10 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitzender**

Herr Jochen Nadolski-Voigt

**Kreistagmitglieder SPD**

Frau Christel Ciecior

Herr Hartmut Ganzke

anwesend bis 17.35 Uhr

Herr Jens Hebebrand

Frau Ursula Lindstedt

Herr Gerd Oldenburg

Frau Brunhilde Weinhold

**Sachkundige Bürger/innen SPD**

Frau Anja Müller

Herr Siegfried Pogadl

Herr Klaus-Peter Winkler

**Kreistagmitglieder CDU**

Herr Michael Blandowski

Herr Paul-Heinz Kranemann

Herr Helmut Krause

anwesend bis 17.30 Uhr

Herr Gerhard Meyer

Frau Ursula Sopora

**Sachkundige Bürger/innen CDU**

Herr Michael Wißmann

**Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Hans-Ulrich Bangert

anwesend ab 17.30 Uhr

Frau Gabriele Wentzek

anwesend bis 17.30 Uhr

**Kreistagmitglieder FDP**

Herr Andreas Wette

anwesend bis 16.45 Uhr

**Sachkundige Bürger/innen FDP**

Herr Rainer Seepe

**Kreistagmitglieder DIE LINKE.**

Herr Werner Sell

### **Kreistagmitglieder FWG**

Herr Helmut Stalz

### **Kreistagmitglieder GFL**

Herr Dr. Matthias Laarmann

anwesend ab 16.20 Uhr

### **Gäste**

Herr Sven Brüggendorst

Herr Uwe Ringelsiep

### **Gäste**

Herr Uwe Ringelsiep, Geschäftsführer Jobcenter

Kreis Unna

Herr Sven Brüggendorst, stellv. Geschäftsführer

Jobcenter Kreis Unna

### **Verwaltung**

Herr Rüdiger Sparbrod, Dezernent

Herr Dr. Detlef Timpe, Dezernent

Herr Norbert Diekmännken, Fachbereichsleiter

Frau Birgit Scholz, Schriftführerin

Herr Nadolski-Voigt begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird wie folgt geändert: Neuer Punkt 2 wird der bisherige Punkt 6 und neuer Punkt 3 wird der bisherige Punkt 5. Weitere Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

## **Tagesordnung:**

### Öffentlicher Teil

- |                |        |  |
|----------------|--------|--|
| <b>Punkt 1</b> |        | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner   |
| <b>Punkt 2</b> | 128/13 | Nachhaltigkeitsstrategie Kreis Unna  |
| <b>Punkt 3</b> | 135/13 | Bericht zum Stand und zur Perspektive der Schulsozialarbeit im Kreis Unna                          |
| <b>Punkt 4</b> |        | Jobcenter Kreis Unna;<br>Mündlicher Bericht der Geschäftsführung                                   |
| <b>Punkt 5</b> | 140/13 | Sofortprogramm Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung;<br>Antrag der SPD-Fraktion vom 09.09.2013 |
| <b>Punkt 6</b> |        | Haushaltswirtschaftliche Sperre 2013 - Auswirkungen auf den Sozialhaushalt;<br>Mündlicher Bericht  |

**Punkt 7** 111/13 Mitgliedschaft im BackUp-ComeBack Westfälischer Verein für die offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus e. V.  
Antrag der SPD-Fraktion vom 17.07.2013

**Punkt 8** 116/13 Zuschuss zur Unterstützung modellhafter Sozialarbeit

**Punkt 9** 136/13 Zuschuss zur Unterstützung modellhafter Sozialarbeit

**Punkt 10** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

## Nichtöffentlicher Teil

**Punkt 11** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

## Öffentlicher Teil

**Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

**Punkt 2 128/13 Nachhaltigkeitsstrategie Kreis Unna**

### Erörterung

Herr Dr. Timpe berichtet anhand einer Folienpräsentation, welche aufgrund ihres Umfangs als Anlage 1 online über das Kreistagsinformationssystem „SessionNet“ abrufbar ist. Der Verwaltung ginge es weniger um die inhaltliche Diskussion einzelner Ziele, Teilziele oder Indikatoren. Im Kern sei die Frage von Bedeutung, ob der Kreis Unna das vorliegende Konzept als Grundlage für einen kontinuierlichen Prozess verwenden könne, so Herr Dr. Timpe. Hier handele es sich nicht um eine abgeschlossene Strategie, sondern vielmehr um ein Fundament; sowohl die Arbeitskultur/Arbeitsgestaltung innerhalb der Verwaltung als auch den Umgang zwischen Politik und Verwaltung betreffend.

Frau Wentzek teilt mit, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der Drucksache sehr zufrieden sei, aber gerne weitere Beratungen in Anspruch nehmen möchte, auch mit externen Beratern.

Es sei nicht in Ordnung, dass Themenfelder generell nur von der Verwaltung vorgeschlagen würden und 80 Prozent der Auswirkungen die beteiligten Kommunen beträfen, so Herr Kranemann (CDU-Fraktion). Diese Vorgehensweise sei überhaupt nicht nachvollziehbar, die Politik hätte stärker eingebunden werden müssen.

Herr Meyer meldet für die CDU-Fraktion Beratungsbedarf zum Zielekatalog an und bittet darum, heute keine Beschlussfassung zu treffen.

Herr Dr. Timpe äußert, dass der Kreistag auf der Grundlage dieses Berichtes beschließen solle und sich insbesondere mit den Städten und Gemeinden über gemeinsame Interessen unterhalten und auf Ziele verständigen solle. Die Politik, auch aus den Städten und Gemeinden, habe sich an den vorangegangenen Workshops usw. gering beteiligt. Herr Dr. Timpe bietet den Fraktionen an, entsprechenden Diskussionsbedarf zu decken.

Herr Ganzke (SPD-Fraktion) teilt mit, dass Diskussionen zu diesem Bericht in den Ausschüssen stattfinden. Von Bedeutung sei Punkt 2 des Beschlussvorschlages. Der Kreis handle nicht im Alleingang; vielmehr würden die Städte und Gemeinden entsprechend eingebunden. Lünen und Kamen hätten sich bereits selber sehr stark engagiert.

Herr Nadolski-Voigt fasst zusammen, dass aufgrund von Beratungsbedarf heute keine Beschlussfassung getroffen werde und eine Entscheidung im Kreistag erfolge.

### **Punkt 3 135/13 Bericht zum Stand und zur Perspektive der Schulsozialarbeit im Kreis Unna**

#### Erörterung

Herr Dr. Timpe erläutert die Drucksache. Die Fortführung der Schulsozialarbeit im Kreis Unna sei durchaus gewünscht. Bei einer Fortsetzung dieser Arbeit gehe er davon aus, dass dafür weder Landes- noch Bundesmittel zur Verfügung stünden. Damit kämen der Kreis sowie die Städte und Gemeinden im Laufe des nächsten Jahres an den Punkt, sich mit der Frage beschäftigen zu müssen, wie es zukünftig weitergehe, so Herr Dr. Timpe. Für eine Fortsetzung der Arbeit müsse der Kreis einen Konsens mit den Städten und Gemeinden eingehen.

Zwei Dinge habe Herr Meyer beim Durcharbeiten der Drucksache mit Erstaunen zur Kenntnis genommen. Zum Einen habe eine von allen Fraktionen positiv gesehene Schulsozialarbeit bei einer Abfrage dazu geführt, dass eine Reihe von Schulen nicht geantwortet hätte. Dabei handle es sich um Schulformen, bei denen eine Schulsozialarbeit durchaus erforderlich sei, von 15 Förderschulen hätten nur sieben und von acht Gesamtschulen nur drei geantwortet. Zum Anderen habe es eine Äußerung aus der Schulleitung gegeben, dass die Aufgabe der Schulsozialarbeiter nicht klar sei.

Herr Dr. Timpe antwortet, dass es sich hier um keine kreiseigenen, sondern um städtische Schulen handle, was ihn aber gleichermaßen erstaunt habe. Fraglich sei, ob es den Schulen vorgeworfen werden könne oder ob es an der gesamten Organisationsarbeit liege, denn die Anfangsphase habe lange gedauert.

Begleitend dazu äußert Frau Wentzek, dass das Problem im Zustandekommen liege. Frau von der Leyen habe mit dem Auftrag vom Gericht, die Hartz IV-Sätze von Kindern zu erhöhen, umgesetzt, dass das Bildungs- und Teilhabepaket initiiert worden sei. Da es nicht ausreichend abgerufen worden wäre, habe man die Schulsozialarbeit entwickelt. Die Reaktion der Schulen sei somit durchaus nachvollziehbar, denn der Sinn dieser Schulsozialarbeit hätte sich anfangs nicht erschlossen.

Frau Wentzek finde die Bildungs- und Teilhabe-Sozialarbeit politisch nach wie vor nicht in Ordnung. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wünsche eine Fortführung der Schulsozialarbeit unter Beteiligung der Städte und Gemeinden. Aufgabe des Kreises Unna sei eine Prüfung dahingehend, ob die Mittel richtig eingesetzt würden.

Die Schulsozialarbeit sei wichtig und er hätte diese gerne noch im Haushalt 2014 gesehen, so Herr Kranemann. Denn so könne an den kreiseigenen Schulen weitergearbeitet werden.



Stellen bei der Tafel durch Fluktuation unbesetzt gewesen seien und dies habe umgerechnet 0,5 Stellen pro Tafelstandort betroffen.

Des Weiteren sei die Insolvenz eines Tochterunternehmens der Diakonie mit Instrumentenreformen in Verbindung gebracht worden. Herr Ringelsiep habe der Presse hierzu mitgeteilt, dass das Unternehmen in drei Abschnitte unterteilt worden sei und rentable Bereiche verlagert wurden. Hier liege der Grund nicht in der Instrumentenreform oder in Handlungen des Jobcenters, sondern in der Art, wie das Unternehmen gestaltet worden sei. Er könne versichern, dass die Ursache nicht beim Jobcenter liege.

Der Arbeitsmarkt sei im ersten Halbjahr 2013 schwierig gewesen. Die Anzahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungen im Kreis Unna sei deutlich zurückgegangen. Dies zeige auch Auswirkungen auf das Jobcenter, es habe deutlich weniger Integrationen gegeben. Aktuell läge das Jobcenter hier bei minus sieben Prozent und bis Ende August sei die Zahl der Integrationen auf ca. 3.636 gestiegen. Es habe einen Zuwachs bei den Stellen innerhalb der Zeitarbeitsbranche gegeben. Die Zeitarbeitsbranche sei ein Indikator für die zukünftige Entwicklung am Arbeitsmarkt. Die Anzahl der Aufstocker (Bezieher von Arbeitslosengeld I) steige und diese Entwicklung ginge in keine gute Richtung, die Quote liege aktuell bei 12,6 Prozent. Die Quote der Ergänzter (Personen mit Erwerbseinkommen) sei rückläufig, so Herr Ringelsiep.

Er erörtert, dass das Jobcenter bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sehr erfolgreich gewesen sei. Dort hätten alle Zielwerte erreicht werden können. Die Jugendarbeitslosigkeit sei im Jahresdurchschnitt auf minus 6,9 Prozent reduziert worden.

Beinahe 5.000 Maßnahmen habe das Jobcenter für die Kundinnen und Kunden durchführen können, so Herr Ringelsiep. Des Weiteren wäre der beim Eingliederungstitel verfügte Ausgabestopp zurückgenommen worden. Somit könne das finanzpolitische Ziel, 35 Prozent herauszugeben, voraussichtlich erreicht werden.

Er führt abschließend aus, dass die gesamte Entwicklung nicht zufriedenstellend sei. Es liege aber nicht an der Arbeit des Jobcenters und auch nicht nur an dem Arbeitsmarkt. In einer vom Landrat erbetenen Stellungnahme habe das Jobcenter nachgewiesen, dass der Markt, somit die Kostensteigerung, bei rund 30 Prozent liege.

Auf Nachfrage von Herrn Meyer teilt Herr Ringelsiep mit, dass aktuell bei den Stellen ein Plus von 7,9 Prozent vorliege. Im SGB II-Bereich habe es im letzten Monat 2.400 Zugänge gegeben.

Herr Nadolski-Voigt wünscht sich, dass die in der Sitzung anzuführenden Zahlen des Jobcenters in Zukunft den Mitgliedern des Ausschusses vorab zur Verfügung gestellt werden.

Herr Pogadl bittet um eine Beschreibung der strukturellen Problematik, wo das Jobcenter die Kostenhürden zu bewältigen habe. Darauf müsse auch das politische Handeln abgestimmt werden. Fraglich sei auch, warum das Jobcenter nicht die gleiche Vermittlungsquote in den ersten Arbeitsmarkt wie die Bundesagentur habe.

Herr Ringelsiep antwortet, dass die Bundesagentur knapp 60 und das Jobcenter knapp 40 Prozent Integrationserfolge aufweise und diese in den letzten Jahren relativ konstant geblieben seien. Es wäre einfacher, Personen direkt in eine Beschäftigung zu vermitteln, als mit einer Unterbrechung. Hier habe es die Bundesagentur leichter. Viele Integrationen könne das Jobcenter mit den sogenannten Aufstockern realisieren. Das Bildungsniveau, unterteilt in schulische und berufliche Qualifikation, erschwere diese Aufgabe. Daher sei im Arbeitsmarktprogramm 2013 bereits ein Schwerpunkt auf die Qualifizierung gelegt worden. Es würden schulische und berufliche Dinge nachqualifiziert, aber es dauere seine Zeit, bis das Wirkung entfalte.

Herr Sparbrod stimmt zu, dass die Bundesagentur neben einfacheren Fällen auch mit erheblich weniger Fällen zu tun habe. Von daher sei es unverständlich, auch bei dem Personalkörper der Bundesagentur, dass

überhaupt noch Fälle dieser Größenklasse in das SGB II kämen. Hier müsste noch gemeinsam ein Weg gefunden werden.

Abschließend führt Herr Sparbrod folgende vier Thesen aus der Herbstprojektion der Bundesregierung an:

1. Die deutsche Wirtschaft hat an Schwung gewonnen - Die Industrie hat ihre Schwächephase überwunden
2. Privater Konsum ist weiterhin eine wichtige Stütze
3. Der Arbeitsmarkt befindet sich in guter Verfassung
4. Der Beschäftigungsaufschwung setzt sich gedämpft fort, die Arbeitslosigkeit geht zurück

Diese Thesen gingen am Kreis Unna vorbei, so Herr Sparbrod.

**Punkt 5    140/13            Sofortprogramm Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung;  
Antrag der SPD-Fraktion vom 09.09.2013**

Erörterung

Frau Lindstedt erläutert den von der SPD-Fraktion gestellten Antrag und teilt mit, dass dieser gestellt worden sei, um alle Akteure an einen Tisch zu bringen. So könnten möglicherweise andere Handlungsansätze gefunden werden. Die Wirtschaftsförderung könne zum Beispiel bei ihrer Bestandspflege Stellen akquirieren. Wenn es bereits eine enge Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit gebe, dann müssten nicht so viele Personen zum Jobcenter übergehen.

Herr Stalz von der Gruppe FWG unterstützt den gestellten Antrag. Das Jobcenter habe bereits einige Punkte aus dem Antrag umgesetzt. Er möchte wissen, welche Maßnahmen tatsächlich neu seien und somit vorrangig umgesetzt werden müssten.

Herr Ringelsiep äußert diesbezüglich, dass das Jobcenter die im Antrag angesprochenen Maßnahmen bereits in ähnlicher Weise, bzw. wie angegeben, durchführe.

Die genannten Institutionen seien untereinander nicht weisungsberechtigt; hier solle die Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaftsförderung, dem Jobcenter sowie der Agentur für Arbeit intensiviert werden, so Frau Lindstedt.

Herr Sparbrod führt aus, dass zunächst eine Verständigung über den Inhalt, gemeinsam mit dem Jobcenter, erfolgen solle. Er schlage eine Kenntnisnahme des Antrages vor, um dann im Rahmen der Haushaltsberatungen sowie zum Arbeitsmarktprogramm 2014 diskutieren zu können. Eine Stellungnahme zum jetzigen Zeitpunkt sei nicht erforderlich. Das Arbeitsmarktprogramm 2014 müsse definitiv beschäftigungsorientiert ausgestaltet sein, so Herr Sparbrod.

Herr Pogadl erörtert, dass sich aus dem gestellten Antrag kurz- und mittelfristig vorzunehmende Schrittfolgen ergäben. Den Antrag sehe er als einen Prozess an, aus dem einiges hervorgehen werde. Hier reiche nicht nur ein Bericht aus, um alles zu beantworten.

Die CDU-Fraktion meldet Beratungsbedarf an, möchte den Antrag heute zur Kenntnis nehmen und die Beschlussfassung entsprechend vertagen, so Herr Meyer.



**Punkt 9 136/13 Zuschuss zur Unterstützung modellhafter Sozialarbeit**

Beschluss

Der „Ambulante Kinderhospizdienst Kreis Unna“ unter Trägerschaft des Deutschen Kinderhospizvereins erhält einen einmaligen, zweckgebundenen Zuschuss in Höhe von 800,00 € für die Durchführung des Befähigungskurses bzw. des Bildungswochenendes für ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

**Punkt 10 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen**

Mitteilungen der Verwaltung

**1. Neuorganisation der psychosozialen Begleitung (PSB)**

Herr Sparbrod teilt mit, dass zurzeit Gespräche bezüglich einer entsprechenden Umsetzung liefen und Anfang Dezember ein Konzept aufgestellt sein solle. Mit der neuen Aufgabe könne dann zum 01.01.2014 begonnen werden. Es existiere ein Rundschreiben des Landkreistages zur Finanzierung der Wohnberatungsagenturen. Die Fraktionen und Gruppen seien bereits darüber informiert worden. Er führt aus, dass in dem neuen Konstrukt auf eine Stelle verzichtet werde, weil eine Mitfinanzierung durch die Pflegekassen nicht mehr zustande komme. Jetzt gebe es die Möglichkeit, zumindest für das Jahr 2014, dass der Bestandsschutz bestehen bliebe. Fraglich sei, ob der Bestandsschutz für die Stelle oder für die Person dieser Stelle bestehe. Ihm liege die Information vor, dass Letzteres gelte. Damit sei die Stelle nicht mehr vorhanden. Die Verbraucherzentrale habe die Stelle seit ungefähr einem dreiviertel Jahr nicht mehr besetzt. Eine schriftliche Rückmeldung der Pflegekasse werde erwartet und danach folge eine weitere Beratung.

**2. Angebote aus dem Bildungs- und Teilhabepaket**

Herr Sparbrod führt aus, dass diesbezüglich die Bundesbeteiligung neu geregelt worden sei und einen bundesdurchschnittlichen Wert von 3,3 Prozentpunkten habe. Die Länderquote liege bei 3,4 Prozent. Das Land habe diese Mittel, entsprechend einer Quote, an die Kommunen verteilt. Die Landtagsabgeordneten seien angeschrieben und darum gebeten worden, in Nordrhein-Westfalen eine Spitzabrechnung herbeizuführen. Durch die hohen Aufwendungen bestehe die Gefahr, dass die Kommunen auf Kosten sitzen blieben, weil die Gelder nicht auskömmlich seien. Eine Spitzabrechnung könne dieser Gefahr entgegenwirken, so Herr Sparbrod.

Anlagen

1. zu Punkt 2: Folienpräsentation „Nachhaltigkeitsstrategie Kreis Unna“ – Bericht Herr Dr. Timpe  
- online abrufbar
2. zu Punkt 4: Folienpräsentation „Eckwerte Sozialhaushalt“ – Bericht Herr Sparbrod

gez. Jochen Nadolski-Voigt  
Vorsitzender

gez. Birgit Scholz  
Schriftführerin